

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. Oktober 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 118.

## Die Jahresberichte der Gauen, Bezirke und Orte für 1909.

Die Einsicht von der Unentbehrlichkeit der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Machtmittel für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse hat bewirkt, daß die Kreise immer kleiner werden, die alles Heil nur vom politischen Kampf erhoffen. Die Zeiten, wo die gewerkschaftliche Bewegung noch als eine solche apotrophisiert werden konnte, die an sich weder gut noch schlecht sei, weil sie weder in ergänzendem noch gegensätzlichem, sondern in gar keinem Verhältnis zur proletarischen Klassenbewegung stehe, sind hoffentlich für immer entschunden. Immer mehr hat man sich eben daran gewöhnt, die Gewerkschaften als die Grundlage für die wirtschaftliche Erstarbung der Arbeiterklasse zu betrachten. Andererseits aber ist das Verantwortlichkeitsgefühl auf gewerkschaftlicher Seite viel zu sehr ausgeprägt, um vagen Behauptungen zu Gefallen andre Bahnen zu beschreiten.

Dauernder, maßgebender politischer Einfluß, der von der aufsteigenden Arbeiterklasse natürlich nicht entbehrt werden kann, wird nur auf der Grundlage bedeutender wirtschaftlicher Machtmittel zu erlangen sein. Das lehrt uns nicht nur die politische Konstellation in Deutschland und andern Ländern, diese Erfahrung bringt uns auch der Verlauf der größeren Arbeitskämpfe tagtäglich zum Bewußtsein. Der auf wirtschaftlichem Gebiete gut verankerte Gegner behauptet auf dem politischen Kampfplatz fast ausnahmslos seine Position.

Aus dieser Erkenntnis heraus waren und sind die Gewerkschaften, in vorderster Linie wir Buchdrucker, bemüht, ihren Mitgliedern nicht nur durch ein gut ausgebautes Unterstüßungswesen den notwendigen Schutz vor den Fährnissen des Lebens zu verschaffen, sondern sich darüber hinaus zur wirksameren Verfolgung ihrer eigentlichen gewerkschaftlichen Zwecke und Ziele einen starken finanziellen Rückhalt zu sichern. Der Hinweis auf vorhandene gut fundierte Gewerkschaftskassen hat stets eine bessere Wirkung ausgelöst, als das Schlagwort von der „reinen Kampforganisation“ es vermochte. Finanziell gut ausgerüstete Verbände sind in erster Linie in der Lage, der von gewisser Seite geflüßelten genährten fatalistischen Ansicht unter den Arbeitern zu begegnen, als seien gewerkschaftliche Erfolge in der Zukunft weniger aussichtsreich.

Bei den fortwährend wechselnden Erscheinungen des Wirtschaftslebens ist es mit der Prophetie eine eigne Sache. Man kann spekulative Theorien ruhig ablehnen und doch behaupten, daß es noch Mittel und Wege gibt, um die Grenzen des Wirkungsbereichs der Gewerkschaften weiter hinauszurücken, bevor in dieser Beziehung von der „Weisheit letztem Schlusse“ gesprochen werden kann. Im übrigen bleibt der Gewerkschaftsbewegung noch ein weites Agitationsfeld zur Beachtung übrig, denn noch nicht einmal 25 Proz. der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands wurden bisher vom Organisationsgedanken erfaßt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die zukünftige gewerkschaftliche Taktik bei wirtschaftlichen Kämpfen gegenüber der bisher eingeschlagenen eine Wandlung in verschiedener Beziehung erfahren wird. Doch sei dem, wie ihm wolle, der „schöne Mannon“

wird mehr noch wie schon bisher für die Abwägung der Machtverhältnisse hüben und drüben eine Rolle spielen.

Den Erfahrungsstatsachen auf gewerkschaftlichem Gebiete haben die organisierten Buchdrucker von jeher Rechnung zu tragen versucht durch den Ausbau ihrer Unterstüßungseinrichtungen. Unbekümmert darum, daß oberflächliche Beurteiler in andren Gewerkschaften in dem Kassenwesen eine Verumpfung der modernen Arbeiterbewegung erblickten, haben die Buchdrucker das gesteckte Ziel verfolgt und dadurch in erster Linie mitgewirkt an der Schaffung einer einflußreichen, achtungsgebietenden wirtschaftlichen Arbeiterbewegung.

Wenn die gedeihliche Fortentwicklung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker auch nicht ausschließlich auf seinen finanziellen Machtmitteln beruht, so verdankt er doch einen nicht geringen Teil seiner Erfolge und sein Ansehen seinem zuverlässig geregelten Unterstüßungs- und Kassenwesen, wie es in den Jahresberichten der Hauptverwaltung sowohl wie der 23 Gauen in Erscheinung tritt.

Nachdem der Jahresbericht des Verbandes gleich nach seinem Erscheinen in Nr. 44 des „Korr.“ eine eingehende Besprechung erfahren hat, bleibt die Würdigung der meistens später zur Ausgabe gelangenden Gauberichte noch übrig, die sich in der Hauptsache natürlich auf die Kassengebarung beschränken muß, die in der umstehenden Tabelle eine ziffernmäßige Darstellung gefunden hat.

Die Mehrzahl der Gauvorstände bezeichnet übereinstimmend das Berichtsjahr vom organisatorischen Standpunkt als ein Jahr ruhiger Entwicklung. In wirtschaftspolitischer Beziehung brachte es als Folge der verpöblichten Finanzreform eine von der arbeitenden Bevölkerung als besonders drückend empfundene rapide Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Dazu kam noch als erschwerendes Moment der starke Mangel an Arbeitsgelegenheit in unserm Berufe, der die Ausgabeziffern für die Konditionslosenunterstützung gewaltig ausshwellen ließ.

Der Wunsch, alljährlich einmal die Ausgaben und Vermögensbestände in den Gau-, Bezirks- und Ortskassen mit annähernder Genauigkeit festzustellen, hat dazu geführt, daß den Gauen ein vom Hauptvorstande verändertes Tabellenchema zur Aufnahme in die Rechenschaftsberichte empfohlen wurde. Zum ersten Male kann nun das Resultat dieser einheitlichen Aufstellungen den Kollegen übermittelt werden. Hoffentlich wird dem Werte dieser alljährlichen Veröffentlichungen von allen Gauverwaltungen Rechnung getragen, damit die Übersichtlichkeit der Finanzverhältnisse in unserer Gesamtorganisation immer mehr erleichtert wird.

Neben den Ausgaben und Vermögensbeständen der unmittelbar dem Organisationsgedanken dienenden engeren Vereinigungen im Verbands, die diesmal noch nicht vollständig erfaßt werden konnten, müßten auch die recht beträchtlichen Aufwendungen ersichtlich gemacht werden, die tarifliche Institutionen (Kreisämter, Schiedsgerichte, Arbeitsnachweise usw.) erfordern. Diese Summen sind, mit Ausnahme des Gaus Schlesien, der 768,45 Mk. dafür aufbrachte, wohl überall unter „Sonstige Ausgaben“ verbucht.

Für die verschiedenen Unterstüßungszweige sind von den Nebenkassen des Verbandes in Gauen, Bezirken und Orten allein 690986,02 Mk. ver-

ausgabt worden. Das Vermögen dieser Kassen betrug am Jahreschlusse 2915697,87 Mk., so daß mit Einschluß der Hauptkasse (7530671,50 Mk.) und der Zentralinvalidenkasse i. V. (398584,90 Mk.) der Verband der Deutschen Buchdrucker Ende 1909 ein Gesamtvermögen von

10844954,27 Mk.

aufzuweisen hatte.

Nach dem Rechenschaftsberichte des Hauptvorstandes wurden für Unterstüßungen im Jahre 1909 ausgegeben 2541559,18 Mk., rechnet man dazu die Zuschüsse aus den Nebenkassen in Höhe von 690986,02 Mk., so ergibt sich für Unterstüßungszwecke die gewiß ansehnliche Summe von

3232545,20 Mk.

Darunter nimmt die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 1587214,51 Mk. die erste Stelle ein. Das ist eine ganz kolossale Summe, die aufs deutlichste das Maß der Arbeitslosigkeit im Buchdruckerberufe erkennen läßt. Sie war 1909 bei uns mindestens um das Doppelte größer als wie im Jahresdurchschnitt aller jener Verbände zusammen, die an das Kaiserliche Statistische Amt berichteten. Rund 5 Proz. Arbeitslose wies unser Beruf auf. Die amtliche Statistik spricht in solchem Falle mit Recht von einem hohen Berufsrisiko, das bei den Buchdruckern noch gesteigert wird, wenn man nicht nur die Ziffer, sondern auch die Dauer der Arbeitslosigkeit in Betracht zieht. In gewissem Zusammenhange mit der Unterstüßung für Arbeitslose steht die Umzugskostenunterstützung, für die 29527 Mk. aus der Hauptkasse flossen.

Die Krankenunterstützung erforderte insgesamt 1089088,20 Mk., diejenige für Invaliden 316510,— Mk. In Sterbegeld wurden verausgabt 22526,55 Mk., dazu trat in zwölf Gauen für Witwen- und Waisenunterstützung die Summe von 55881,04 Mk. Für Extrainterraktionen bei besonderen Anlässen und Notfällen wandten allein die Nebenkassen 33906,— Mk. auf. Aus ihren übrigen Ausgaben seien noch hervorgehoben diejenigen für Agitation und Vorträge mit 22019,46 Mark, für „Korr.“-Abonnement mit 89351,08 Mk. und für Bibliothekszwecke mit 19514,31 Mk.

Diese Ziffern sind sprechende Beweise von dem hohen Gemeinssinn und dem praktischen Verständnis der deutschen Buchdrucker. Aber das nicht allein. Sie legen auch Zeugnis ab von der Kulturarbeit, die Jahr um Jahr in unserer Organisation geleistet wird.

In Unterstüßungen für andre Gewerkschaften wurden in den Gauen und Bezirken des Verbandes 41673,58 Mk. aufgebracht. Rechnet man dazu die betreffenden Ausgaben der Hauptkasse (18000 Mark), so ist es die stattliche Summe von 54673,58 Mark, durch welche die Buchdrucker ihre Solidarität mit andren Arbeitern bekundeten. Im Zusammenhange hiermit stehen die Ausgaben für Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate, die sich auf 33248,97 Mk. belaufen.

Möge wie bisher so auch in Zukunft eine klug abwägende Taktik den Verband der Deutschen Buchdrucker befähigen, aller Hemm- und Hindernisse zum Trotz in fortschreitendem und aufbauendem Sinne praktische Organisationsarbeit zu leisten! Seine materiellen Mittel werden solchen Bestrebungen willkommene Stützpunkte bieten. Hz.



## Der Walze Luft und Leid.

In Nr. 114 des „Korr.“ gibt ein Gothaer Kollege seine Reiseindrücke als „Wanderer der Landstraße“ wieder. Der betreffende Kollege unterzieht u. a. das Herbergs- wesen einer Kritik. Besonders in einer Seefahrt in Ost- friesland — wohl Embden? — liege bezüglich des Ver- tehrs noch manches im argen. Ich kann die Lage des Gothaer Kollegen über diese Herberge nur durchaus be- stätigen. Es ist schon des öfteren von Seiten der Kartell- delegierten unsres Emdener Ortsvereins auf Abschaffung dieser Mißstände gedrungen worden, aber leider blieb alles beim alten, denn — die Buchdrucker wollen ja nicht mit den andern Gewerkschaftlern übereinstimmen! Es zeigt sich hier, daß wohl Abhilfe geschafft werden könnte, wenn man erstens auf Seiten des Kartells die Antipathie gegen die Buchdrucker ablegen und zum andren das betreffende Lokal („Velleue“) überhaupt als Verbergslokal der Ge- werkschaften freizugeben würde. Solche Mißstände müssen doch ganz entschieden von einem Gewerkschaftler verurteilt werden.

Die Antwort des Reisekasserverwalters an den be- schwerdeführenden Kollegen, er solle in der „Heimat“ übernachtn, war das einzig Richtige in dieser Sache. Ich will hier nur zur Beachtung für alle Verbands- mitglieder auf die Bestimmung im § 1 Abs. d des Ver- bandsstatuts aufmerksam machen. Für die reisenden Kollegen erwächst vor allen Dingen die Pflicht, jede be- rechtigte Klage an geeigneter Stelle zur Kenntnis zu bringen, denn nur dann verschwinden solche Mißstände. Leer.

H. Jacobs.

## Die Bodenreformbewegung.

Die Anfang Oktober in Gotha abgehaltene Tagung des Bundes Deutscher Bodenreformer gibt uns er- wünschten Anlaß, zur Förderung der von ihm getra- genen gegenwärtigen Bewegung unser Scherlein beizusteuern. In einer Zeit, der wirtschaftliche Fragen einen Stempel aufdrücken, ist es für jeden, der mit Bewußtsein am öffentlichen Leben teilnehmen will, eine unabweisbare Pflicht, sich über die Grundlagen unsres wirtschaftlichen Lebens möglichst Klarheit zu verschaffen. Zu diesem Zwecke muß er sich bemühen, ein selbständiges Urteil über die Bewegungen und Theorien zu gewinnen, die eine Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens erstreben.

Die Bodenreformbewegung ist politisch neutral, ver- bindet sich auf keine irgendwie gearbeteten religiösen Meinung. Sie will alle diejenigen Freunde ehrlicher Arbeit sammeln, die in dem Verhältnis eines Volkes zu seinem Grund und Boden die Grundfrage des wirt- schaftlichen Lebens erkennen. Inwieweit ihr dies ge- lungen ist, erhellt am besten daraus, daß die Mitglieder- zahl des Bundes Deutscher Bodenreformer im letzten Jahr um mehr als 1400 gestiegen ist, und daß ihm über 200 körperschaftliche Mitglieder beigetreten sind. Ins- gesamt zählt der Bund 72000 Mitglieder und stellt da- mit die größte politische und religiös-neutrale Verein- gung dar. Auf der Gothaer Tagung waren das Reichs- amt des Innern und das Reichsfinanzamt vertreten.

Die planmäßige Verrechnung des Grundbesitzes der Gemeinden ist dank der Wirksamkeit der bodenreformerschen Bewegung ein anerkannter Grund- satz einer verständigen deutschen Gemeindepolitik geworden. Nur sozial richtungsfähige Gemeinden werden sich heute noch der Notwendigkeit verschließen, ihr Grundeigentum nach Kräften zu vermehren, ehe es gewissenloser Terrain- spekulation anheimfällt. Zu der Erwerbung von Ge- meinden wegen muß allerdings auch eine soziale Ver- waltung des Eigentums treten, wenn für die Gesamtheit der Bevölkerung Ersprießliches geleistet werden soll. In dieser Frage ist der Arbeiter mehr interessiert, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die erste Folge der Bodenverwertung ist ja die Verteuerung der Woh- nung. Die Steigerungen der Mietpreise sind eine Schraube ohne Ende. Sie führen nicht selten zur engsten Zusammenpackung der Menschen und rufen so, wenn auch indirekt, eine Wohnungsnot hervor. Denn nicht allein Wohnungsangel führt zur Wohnungsnot. Wenn man aber daran denkt, wie viel für das Familienglied, für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit sowie für die Erziehung der Kinder gerade von der Beschaffenheit der Wohnung abhängt, dann wird man nur wünschen können, daß die gesunden Bestrebungen der Bodenreformer, die auf Einführung steigender Grundrenten in den Gemeinden abzielen, Erfolg haben.

Obwohl die höheren Bodenrente nur durch die Ge- samttheit erzeugt werden, hat diese doch so gut wie keinen Teil an den Zuwachswerten des Bodens. Die zumeist berufsmäßig betriebene Bodenspekulation heimt im Gegen- teil das mißlos ein, was die Gesamtheit gestift hat. Dabei bleibt der Allgemeinheit die Lösung von Kultur- aufgaben vorbehalten, für die oft genug kein Geld vor- handen ist. Diesem Mißstand gegenüber erstrebt die Bodenreform die ständig wachsende Grundrente. Sie erst wird die Gemeinden in den Stand setzen, alle Bedürfnisse hinreichend zu befriedigen. Auf der Gothaer Tagung wurde u. a. konstatiert, daß in Berlin allein 27000 Wohnungen mit nur einem bezahlbaren Raume vor- handen sind, in denen bis zu 14 Menschen verschiedener Alters und Geschlechts wohnen! Und wer wird es nicht als unverantwortlich bezeichnen, wenn in städtischen Schulen namentlich der Großstädte nicht selten 50—70 Kinder in eine einzige Klasse hineingepreßt werden müssen? Wenn man auch von der Beurteilung der pädagogischen Seite der Frage ganz absteht, wird man doch zugeben müssen, daß unter solchen Umständen aus einem Orte der Freude,

den die Schule darstellen sollte, ein solcher der Qual für Kinder und Lehrer gemacht wird. Nicht viel besser liegen die Dinge auf hygienischen Gebieten. Wie oft sind die Krankenhäuser überfüllt! Für Badeanstalten, Volkshaus- stätten und Spielplätze könnte und müßte viel mehr ge- tan werden.

In 470 Gemeinden ist heute, als weiteres Verdienst der Bodenreformbewegung, die kommunale Zuwachs- steuer bereits eingeführt. Sie soll den unverbiedenen Wertzuwachs an einem Grundstücke zu einem möglichst hohen Teile für die Gesamtheit zurückgewinnen. Die Höhe der Steuer richtet sich einmal nach der Größe des Wertzuwachses und ferner nach dem Zeitraum, in dem sie gewonnen wurde. Jede vom Besitzer vorgenommene Verbesserung des Grund und Bodens wird von dem zu versteuernden Wertzuwachs in Abzug gebracht. Frank- furt a. M. hat 1904 als erste der deutschen Städte die Zuwachssteuer eingeführt, und nun ist die Zahl der Ge- meinden auf 470 angewachsen.

Daß die Steuer nach dem gemeinen Wert eben- falls in möglichst vielen Gemeinden eingeführt wird, da- für werden die Bodenreformer ihre ganze Kraft einsetzen müssen. Sie soll vornehmlich den Bodenspekulant bekämpfen. Den Gemeinden in Preußen ist durch das Kommunal- abgabengesetz ausdrücklich gestattet, die Grundwertsteuer entweder nach dem Nutzungswert oder nach dem gemeinen Werte zu erheben. Bei Veranlagung nach dem Nutzungswerte wird nur der augenblickliche Nutzen versteuert, den der Grund und Boden seinem Besitzer ab- wirft. Bei einem Hausgrundstücke wird der Mietertrag als Maßstab herangezogen, bei einem unbebauten Grund- stücke kommt nur der landwirtschaftliche Wert in Be- tracht. Viele preussische Städte und der größte Teil der übrigen deutschen Gemeinden unterziehen nun eigentüm- licherweise den teuren städtischen Boden auf seinen land- wirtschaftlichen Wert dadurch, daß sie feststellen, wie viel Feldfrüchte er zu tragen in der Lage ist. Danach stellen sie die Nutzungswertsteuer fest. Das betrachten die Boden- reformer mit Recht als eine Bevorzugung der Terrain- spekulation. Denn das in industriellen Unternehmungen oder zu kulturellen Zwecken angelegte Geld muß stets zum vollen Betrage versteuert werden, während der un- bebauten Spekulationsboden nach dem eingeschlagenen Mo- dus vieler Gemeinden so gut wie keine Steuer zu ent- richten braucht. Die Steuer nach dem gemeinen Werte will das Spekulationsterrain mit dem tatsächlichen Werte, den das Land für seinen Besitzer hat, zur Besteuerung heranziehen. Die Zuwachssteuer sowohl als auch die Steuer nach dem gemeinen Werte werden im wesentlichen nur vom unbebauten Grund und Boden erhoben. Hunderte von Gemeinden aller Größenklassen haben die Steuer nach dem gemeinen Wert eingeführt und sprechen sich anerkennend über die Erfolge aus. Dadurch, daß außer- halb der betreffenden Gemeinde wohnenden Bodenspekulan- ten und Großbanken höhere Abgaben auferlegt werden, kann sogar die Steuerlast des bebauten Grund und Bo- dens, des Hausbesitzes, vermindert werden.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen gehen wir auf die Debatte über die Wertzuwachssteuer auf der Gothaer Tagung kurz ein. Der verdiente Vorsitzende des Bundes deutscher Bodenreformer, Adolf Danaschke (Berlin), wies unter Anspielung auf die jüngsten Vorkommnisse in Berlin darauf hin, daß alle Wohlstätigkeit nichts nütze, wenn Tausende von Menschen in der Reichshauptstadt vor- handen seien, die ein gesundes und sittliches Familien- leben niemals erlangen könnten. Unter solchen Um- ständen sei es möglich, daß im Schatten unsrer Dome und Paläste ein Geschlecht heranwuchs, von dem unsre Kultur in ihren Grundfesten bedroht werden könne. Des- halb dürfe der Boden nicht länger ein Spekulationsobjekt bleiben, sondern es müßten Zustände erarbeitet werden, die jedem einzelnen eine Heimstätte gewährleisten. Die letzte große freie Fläche bei Berlin, das Tempelhofer Feld, sei dem Metzlaternenenstern erfolgreicher Bau- spekulant ausgeliefert worden für den Kaufpreis von 72 Millionen Mark, einer lächerlich geringen Summe, wenn man bedenke, wie viel Volksgesundheit dort zu- gerade gegangen sei und wie viel Krankenhäuser und Gefängnisse dafür gebaut werden müßten. Professor Adolf Wagner (Berlin) behandelte die Reichswert- zuwachssteuer. Er führte u. a. aus, die Stellung der deutschen Wissenschaft zur Frage des Wertzuwachses und seiner Besteuerung sei eine einheitliche. Man streite sich darüber, ob eine Reichswertzuwachssteuer das Richtige sei. Vor zwei Jahren noch hätten auf der Stuttgarter Tagung des Bundes die preussischen Regierungsvertreter gegen den Gedanken einer Reichswertsteuer Front ge- macht. Wenn man eine Wertzuwachssteuer überhaupt für richtig halte, dann müsse man ihre Erträge dem größten öffentlichen Körper, dem Reich, in erster Linie zur Verfügung stellen. Werlins gewaltige Entwicklung z. B. sei ein Produkt der ganzen deutschen Entwicklung, daran sei das gesamte Volk „mitschuldig“. Daher treffe der Einwand nicht zu, daß nur die Einzelstaaten und die Gemeinden zur Einführung der Wertzuwachssteuer kom- petent seien. Das schließt nicht aus, daß die Gemeinden an ihr beteiligt würden, obwohl sie nicht die Träger der wirtschaftlichen Entwicklung seien. Eine Immobilien- wertzuwachssteuer ohne Mobilitätszuwachssteuer sei aller- dings unvollständig, deshalb müsse das Reich zu einer steigenden direkten Besteuerung des gesamten Besitzes- mügens kommen. Der Gewinn der Bodenspekulant sei nur zum kleinsten Teile durch reelle eigne Arbeit er- worden, vielmehr durch die Arbeit anderer. Der Wert der Grundstücke in Berlin am Kurfürstendamm, von Zoo- logischen Garten bis Halensee, der um die dreifache Jahre etwa 50000 Mk. wert war, sei in 50 Jahren auf 50 Mil-

lionen Mark gestiegen. Heute sei der Wert dieser Grund- stücke noch um vieles höher. Durch die Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens sei diese Steigerung nur möglich gewesen. Die Gewinne aber seien Dank dem Privateigentumsprinzip in seiner extremen Gestaltung dem einzelnen Unternehmer zugute gekommen. Deshalb sei eine Wertzuwachssteuer berechtigt, mit ihr könnten neue Bedürfnisse befriedigt und unzweckmäßige Steuern beseitigt werden.

Nach diesem bedeutenden Vertreter der Nationalökonomie und des Staatssozialismus nahm Professor Emming- haus (Gotha), ein Vertreter der Freibankerschule, das Wort, um sich in der Frage der Wertzuwachssteuer mit seinem alten wissenschaftlichen Gegner einverstanden zu erklären. Wenn sein Vorredner davon gesprochen habe, müßte er aus, daß der unverbiedene Wertzuwachs an Immobilien besteuert werden müsse, dann müsse auch der unverbiedene Gewinn besteuert werden, den der Grund- besitzer dadurch verdiene, daß er auf seine Getreide- preise den Zoll schlage. Reichstagsabgeordneter Wehrens besprach die Wertzuwachssteuer vom Standpunkte des Ar- beiters. Sie sei eine kulturelle Lat. Es gebe keine Frage, die die Arbeiter näher angehe wie die Bodenreform. Jede Lohnerhöhung könne durch eine Steigerung der unerfät- lichen Bodenrente so gut wie illusorisch gemacht werden. Dem könne durch eine Zuwachssteuer entgegengewirkt werden, die auf die Arbeiter nicht abgelenkt werden könne. Aus diesem Grunde sei die Arbeiterschaft am Zustande- kommen einer Reichswertzuwachssteuer stark interessiert. Professor Dr. Rösche behandelte das Thema als Wissen- schaftler in zustimmendem Sinne. Die Wertzuwachssteuer sei eine Schöpfung der Wissenschaft. Je mehr Kultur- fortschritte desto größer seien die Wirkungen in der Boden- wertsteigerung. Die öffentliche Meinung müsse ihre Stimme erheben für das Zustandekommen der Wertzuwachssteuer.

Aus der großen Zahl der übrigen Redner seien nur noch die Ausführungen des freimüthigen Reichstagsabge- ordneten Neumann-Hofer, Mitglied der Reichstags- kommission für die Reichswertzuwachssteuer, kurz getreift. Er betonte, es sei zweifellos, daß im Reichstags die über- wiegende Mehrheit für den Gedanken der Reichswert- zuwachssteuer eintreten würde. Allerdings habe die Reichs- wertzuwachssteuer in der Fassung der Kommission einen wesentlich agrarischen Charakter erhalten. Mit der Annahme einer Resolution, die das tiefste Bedauern über den Ausgang des Kampfs um das Tempelhofer Feld in Berlin ausdrückt, und den Reichstag bittet, dem vom Militärskizzen getroffenen Abkommen seine Genehmigung zu versagen, wurde die 20. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer geschlossen.

Die Bodenreformbewegung steht im Dienste der Wahr- heit; deshalb werden ihre Bestrebungen unter unsren Kollegen wohlwollendes Verständnis finden. HZ.

## Gewerkschaftsrevue.

Nun ist sie doch zustande gekommen die Einigung in der deutschen Metallindustrie. Der 8. Oktober sollte einen Kampf von ungeheurer Ausdehnung entfesseln und für das Wirtschaftsleben den Anfang einer gewaltigen Erschütterung bringen. Es kam aber anders, und zwar besser: am 6. Oktober, nachdem die in Hamburg vor neuen ausgenommenen Unterhandlungen vier Tage genährt hatten, gelang die Beilegung der Differenzen auf den Werftbetrieben, wodurch die Riesenauflösung in der Metallindustrie unterbleibt. Infolge in Nr. 114 aus- gesprochenen Hoffnung, die Vertreter der beiden gewaltigen wirtschaftlichen Mächte den goldenen Weg der Verständigung finden zu sehen, hätte sich also erfüllt. Die Metall- sichten dazu waren freilich sehr gering. Die „Metall- arbeiterzeitung“ brachte in der am 8. Oktober erschienenen Nummer einen großen Aufsatz an die Mitglieder, worin die Erhebung von Extrabeiträgen — Mindestsatz 20 Pf. — angeordnet und die Unterfützung der Ausgesperrten — in den ersten 14 Tagen ausfallend — geregelt wird. Es wurde also von der Leitung der Metallarbeiterorganisa- tion mit dem Beginne der von der Unternehmerpresse zum 8. Oktober angekündigten Aussperrung von 40000 Metallarbeitern geredet. Und auch sonst scheint man bestimmt auf das Scheitern der Verhandlungen gefaßt gewesen zu sein. Es ist doch jedenfalls charakteristisch, daß der „Vorwärts“ am Morgen des 7. Oktober in einem Leitartikel den Friedensschluß in der Metallindustrie ver- kündet, während die am Abend dieses Tags erschienene Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ immer noch nicht an dieses große und erfreuliche Ereignis glauben will, denn sie spricht von Aussichten auf Frieden und von einer anscheinend in Aussicht stehenden Einigung. Ob die in Leipzig bestehenden besonderen Schwierigkeiten — Sperrung des Radmeißels der Metallindustriellen durch die Metallarbeiterorganisation — oder ob die an mehreren Orten bereits erfolgten Bindungen der Fabrikpersonalen zu diesem mehr als vorläufigen Abwarten Veranlassung gaben, möge dahingestellt bleiben. Jedenfalls aber ist die Tat- sache der perfekt gewordenen Einigung im höchsten Maße erfreulich. Sie kam auf folgender Basis zustande: Die Ein- stellungsöhne auf den Hamburger Werften sollen bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pf. erhöht werden mit der Maßgabe, daß der Mindesteinstellungslohn 40 Pf. pro Stunde beträgt. Außerdem soll eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 Pf. pro Stunde erfolgen. Das- selbe Zugeständnis machten die nicht-hamburgischen Werften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Ein- stellungslohn der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt. Als weitere Konzession ward ferner vom 1. Januar 1911 ab eine Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden, und

am 2. bei den Hamburger Seeschiffswerften auf 55 Stunden die Woche, b. auf den außerhamburgischen Seeschiffswerften, soweit sie der Gruppe der deutschen Seeschiffswerften angehören, auf 56 Stunden pro Woche. Der Ausgleich in der Arbeitszeitverkürzung erfolgt durch eine Zulage von einem weiteren Pfennig auf den Stundenlohn. Die bereits zugestandene Lohnzahlung am Freitag tritt mit der ersten Woche des Jahres 1911 in Kraft. Außerdem haben sich die Werftbesitzer bereit erklärt, daß die Arbeiterausschüsse gemäß den Wünschen der Arbeiter gewählt werden. Die Arbeit sollte am ersten Werktag dieser Woche auf den Werften wieder aufgenommen werden. Bei Schluß dieser Nummer war aus verschiedenen Industrieorten bereits das Einverständnis der Metallarbeiter mit den getroffenen Vereinbarungen festzustellen.

Bei einem Rückblick auf die Geschehnisse der letzten Wochen ergibt sich ohne weiteres, daß der in der neunten Woche bestehende Kampf zwischen den Werftarbeitern und den deutschen Seewerften schon ganz ansehnliche Dimensionen hatte, denn der Metallarbeiterverband allein war daran mit etwa 15000 Mann beteiligt. Ihre Unterstützung beanspruchte also bereits große Summen. Wenn nun auch wohl die Zahl der Ausgesperrten von 400000 nicht erreicht worden wäre, so würde sie höchstwahrscheinlich doch größer geworden sein, als der schwebische Generalfreik im vergangenen Jahr und der Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier im Jahre 1905 Beteiligung aufzuweisen hatten. Die ausgesperrten Bauarbeiter würden ziffernmäßig behebend überholt worden sein. Die ausgegebene Parole, angesichts der zu erwartenden Aussperrung die Organisationszugehörigkeit den Fabrikleitungen gegenüber zu leugnen, würde wohl keinen großen Einfluß auf die Zahl der Ausgesperrten ausgeübt haben. Außerdem war an den meisten und wichtigsten Orten offen ausgesprochen worden, daß bei einer Aussperrung von 60 Proz. der Metallarbeiter die verbleibenden 40 Proz. auch nicht in den Betrieben zur Weiterarbeit gelassen würden. Das wäre ja nun selbstverständlich eine Frage der Gesamttatigkeit gewesen, geringer würde die Beteiligungsziffer aber auf keinen Fall geworden sein. Die Metallarbeiterausperrung wäre ungewissheitstrotz also der weitaustragendste wirtschaftliche Kampf in Deutschland geworden. Gut, daß es nicht dazu gekommen ist.

Mit dem für die Werftarbeiter Erreichten können die Metallarbeiter wohl zufrieden sein. Hamburg war bekanntlich der Ausgangspunkt dieses zu einem gigantischen Ringen zwischen Kapital und Arbeit sich anlassenden Kampfs. Gefordert wurde von den Werftarbeitern: 1. Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, 2. Einführung von Mindest- oder Einstellungslohnen, 3. Gewährung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung, 4. Regelung der Akkordarbeit, 5. Einschränkung und Regelung der Überzeitarbeit. Die Seewerften in den andern Küstenstädten ergriffen für die Hamburger Partei, und so brannte es denn in allen Werftorten. Als Verhandlungen zwischen den Werftleitungen und den Organisationen der Arbeiter sich zerlagten hatten, trat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller auf den Plan. Da wurde die Geschichte sehr kritisch. Daß unter den Auspizien dieser gefährlichsten Unternehmerorganisation die Metallarbeiter so weitgehende Zugeständnisse für ihre auf den Hamburger und den übrigen Werften arbeitenden Berufsgenossen erzielen konnten, ist also ein hoch zu veranschlagender Erfolg. In den beiden Hauptpunkten: Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, wurde gewiß nicht alles erreicht — die Arbeitszeitverkürzung macht nur eine Stunde wöchentlich aus und beim Lohne fielen etliche Prozent weniger ab —, aber als Ganzes genommen kann sich das Hamburger Ergebnis wirklich sehen lassen. Der Widerstand der Unternehmer gegen die Arbeitszeitverkürzung war so zäh, daß man allein dieses Punktes wegen ein Scheitern der Verhandlungen befürchten mußte. Aber auch die zugestandene eine Stunde nur bedeutet einen wohl zu schätzenden Erfolg. An eine Lohnerhöhung wollten die Werftbesitzer anfänglich ebensowenig heran, ihrer Meinung nach hätte eher eine Reduktion eintreten müssen. Doch zeigte die späteren Verhandlungen hierin mehr Entgegenkommen von Unternehmerseite.

In ideeller Beziehung neigt sich die Wage noch mehr zugunsten der Arbeiter. Die Werftarbeiter sollten sich vorzeichnen lassen, in welcher Weise ihre Vertretung beschaffen sein müßte. Auch die Gelben wollten die Werftbesitzer hinzuziehen, der Metallarbeiterverband aber sollte als berechtigter bzw. bevorrechtigter Mandatar der Werftarbeiterschaft nicht anerkannt werden. Mit den kirchlich-Dückerischen und den christlichen Gewerksvereinen hatte die Metallarbeiterorganisation allerdings etliche Fraktionen wegen deren Zulassung, doch wurden diese Differenzen schnell beigelegt. Den Gedanken an eine Vertretung der Gelben mußten die Unternehmer im dem Stadium, als der Gesamtverband der Metallindustriellen eingriff, in dessen fallen lassen. Die Vorstände der drei Organisationsrichtungen wurden dann als legitimierte Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt, was namentlich in bezug auf den Metallarbeiterverband nicht leicht gefallen sein mag. Gewessen an der großen Bedeutung und Macht des Gesamtverbandes der Metallindustriellen und in Anbetracht seiner gewiß nicht zimperlichen Haltung zu der Arbeiterschaft kann das Nachgeben dieser stärksten Unternehmerorganisation für die Gewerkschaftsbewegung als ein großer Erfolg gewertet werden, der durch die materiellen Zugeständnisse — namentlich hinsichtlich der Reduktion der Arbeitszeit — noch wesentlich gesteigert wird. Es wird gewiß nicht an starken Männern gefehlt haben, die es gen zu einer großen Abrechnung mit dem Metallarbeiterverband und den Gewerkschaften überhaupt, die

doch ganz selbstverständlich mit ihren finanziellen Mitteln hinter den Metallarbeitern gestanden wären, hätten kommen lassen, zumal schon aus einer vor vier Jahren geplanten Generalausperrung in dieser Industrie nichts geworden war. Wenn es nun trotz aller dieser Momente anders gekommen ist, so um so besser. Das organisierte deutsche Unternehmertum hat mit der Aussperrung im Baugewerbe sicherlich Erfahrungen gesammelt, die an eine Wiederholung solcher Streitproben die Unternehmer jedenfalls mit der allergrößten Vorsicht herangehen lassen. Das Draufgängertum und die Schamfadmerei können durch die Wucht der Tatsachen doch noch gemäßigt werden. Daß dazu auch die gute Klugheit der deutschen Gewerkschaften zählt, ist nicht nur selbst, sondern erstverständlich.

Die Lausiger Textilarbeiter sollten mit voriger Woche ebenfalls zur Aussperrung kommen, weil die Arbeiter einer Forster Fabrik wegen Lohnforderungen die Arbeit eingestellt hatten. Mindestens 18000 Textilarbeiter der Bauart sollten ausgesperrt werden, wenn es nicht zu einer territorial größeren Aussperrung gekommen wäre. Da in dem in Betracht kommenden Betriebe die Arbeit aber wieder aufgenommen wurde, wie es heißt, zu den alten Bedingungen, so konnte aus der Absicht der Textilfabrikanten nichts werden.

Die Aussperrung in der englischen Baumwollindustrie, die ureigentlich aus der Weigerung eines einzelnen Arbeiters zur Verrichtung einer bestimmten Arbeit entstanden war, ist trotz mehrmaligen Scheiterns der Verhandlungen ebenfalls beigelegt worden. 150000 Arbeiter standen bereits im Treffen, auf 350000 wäre die Zahl der Ausgesperrten noch angewachsen.

Es klingt wie Wahnsinn, daß eines einzigen Arbeiters Weigerung das Schicksal zu einem wirtschaftlichen Kampfe werden kann, der mit den Familien etwa eine Million Menschen in Mitleidenschaft ziehen würde. Das ist eine Art der Ausstrahlung von Machtfragen, die im Interesse von niemand liegen kann. Wenn diese nun hinter uns datierenden großen Kämpfe zu der Einsicht führen, daß es so nicht zu sein braucht, wenn man sich die von uns in Nr. 114 entwidelten Gedanken zu eigen machen würde, könnten enorme Werte gerettet und einer vernünftigeren Ausstrahlung der Interessengegenstände und der unvermeidlichen Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern ein Weg eröffnet werden. Vielleicht oder vielmehr hoffentlich wird in der deutschen Metallindustrie nunmehr eine Schwenkung nach dieser Richtung unternommen. Wie die Einigungsverhandlungen in Hamburg geführt worden sind und wie das Benehmen der Arbeitgeberunterhändler war, so kann man wirklich mit einigen Hoffnungen in die Zukunft schauen. Das wäre gewiß noch ein weiterer, nicht zu verachtender Gewinn!

## Korrespondenzen.

**Augsburg.** Nach der üblichen Sommerpause hielt der hiesige Maschinenfegerklub am 2. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung ab, die leider nicht so besucht war, wie sie es hätte sein sollen. Von der in den Mitteilungen der Zentralkommission enthaltenen Antwort auf die Resolution der Leipziger Maschinenfegervereinigung, der sich auch der hiesige Maschinenfegerklub angeschlossen hatte, wurde Kenntnis genommen, ebenso von der Antündigung einer am 15. Oktober aufzunehmenden Statistik. Dem im neuen Mitteilungsband enthaltenen Grundstatute wurden einige lokale Bestimmungen angefügt. Unter „Technisches“ erläuterte Kollege Edelman die Vor- und Nachteile des vom Kollegen Wleischmidt (Leipzig) konstruierten Ausflußteils (Einostype). — Im Laufe des Oktober oder November soll ein Lichtbildvortrag über die Entwicklung der Segmaschine veranstaltet werden. Zu wünschen wäre nur, daß dieser Vortrag, zu welchem auch alle übrigen Kollegen eingeladen werden sollen, zahlreich besucht wird.

**Bonn.** (Maschinenmeisterverein — Vierteljahrbericht.) Das Vereinsleben gestaltete sich im letzten Vierteljahr außerordentlich reger. Die Versammlungen waren im Durchschnitt gut besucht. Würden sich die uns noch fernstehenden Kollegen recht bald unsren Reihen anschließen, so wäre auch Bonn einen großen Schritt in der Spartenbewegung weiter, und die noch vorhandenen Mißstände wären bald beseitigt. Am 17. Juli erfolgte die Besichtigung von König's Bogenanleger und gleichzeitig die Vorführung der Kreidelerziehrichtung, wozu die Firma Lantes & Schwärzler in liebenswürdigster Weise unentgeltlich das Demonstrationsmaterial zur Verfügung gestellt hatte, wofür ihr an dieser Stelle Dank gesagt sei. Die Buchdrucker Edelman hatte uns in liebenswürdiger Weise ihre Dfizin zur Verfügung gestellt. Am 23. Juli wurde die Druckerei des hiesigen „Generalanleger“ besichtigt. Der saubere Betrieb bot allen Kollegen viel Interessantes. Den beiden Firmen sei nochmals gedankt. In der Augustversammlung wurde uns von einem Kollegen ein Vortrag über Prägedruck gehalten. Das Hühnerreiben von der Zentralkommission Nr. 27 wurde in der Septemberversammlung verlesen. Es wurde vorläufig noch von einer Stellungnahme dazu Abstand genommen. — Für die Wintermonate ist ein Fernstudienkurs vorgesehen, damit bietet sich für noch fernstehende Kollegen die beste Gelegenheit zur Weiterbildung.

**Gärtnersdorf.** In der am 1. Oktober abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung unsres Ortsvereins hielt Gaworsteher Prüiter (Ael) einen Vortrag über das Thema: „Was uns nottut!“. Er erörterte hierbei auch die Ergebnisse der letzten Gaworsteherkonferenz. In nahezu 2 1/2 stündigen Ausführungen behandelte Kollege

Prüiter die einzelnen Punkte der Konferenz und ermahnte noch zum Schluß die Kollegen, alles Kleinliche Gezüht zu unterlassen, damit das kommende Jahr eine einige Kollegenchaft vorfinde. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil und die Anwesenden erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden. In der sich dem Vortrag anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen die Frage der Lokalzuschläge ventiliert. Unse Stadt erhebt einen Steuerzuschlag von 250 Proz.!

**Justenberg.** Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung tagte am 2. Oktober im Hotel „Flora“. Anwesend waren etwa 65 Kollegen, besonders zahlreich vertreten waren die Orte Tüftitz und Menel. Die ebenfalls eingeladenen Wandler, einschließlich ihres „Waters“ Herrmann (Gumbinnen), hatten es vorgezogen, tapfer zu kneifen, was freilich in Anbetracht der Menfetter Schlappe des grrroßen Felder nicht weiter verwunderlich war. Gaworsteher Reisker schilderte in seinem Referate: „Verband und Gutenbergbund“, in eingehender Weise Entstehung und historische Entwicklung unsres Verbandes wie der händlerischen Buchorganisation. Der Redner ging am Schluß auf die Justenburger Verhältnisse ein, wo das „Ventil“ nicht geöffnet werde, um die mit 4 bis 10 Mk. bezahlte Schar der Seegerinnen hinauszulassen, wo heute noch zwei händlerische Maschinenfeger bei zehnstündiger Arbeitszeit für 20 Mk. frohgemut die „Kunst“ ausüben. Eine kurze Diskussion beschloß die interessante Versammlung.

**Kolberg.** Außer vier Druckereien, von denen zwei zugleich Zeitungsdruckereien sind, ist auch noch eine lithographische Anstalt hier anzutreffen. In drei Druckereien stehen mit einer Ausnahme nur Verbandsmitglieder, während die vierte — da der Inhaber Gutenbergbünder ist — nur und ausschließlich Gutenbergbünder beschäftigt. Diesem Umstand ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die Lehrlingskata übersritten ist, und daß auch sonst manches möglich ist, was man anderwärts kaum riskieren dürfte. Da die Marke G.-B. nicht immer zu haben, so müssen während der Wadesaison ungeheuer viel Überstunden gemacht werden, denn soweit geht die Parität und die Achtung vor dem Tarife nicht, daß man sich an den Stettiner Nachweis wegen Übermittlung einer oder mehrerer Arbeitskräfte wendet. Aus lauter Angst, es könnte bei dieser Gelegenheit ein Verbandsmitglied in den Tempel gelangen und den jetzt drei Mann starken „seiner Ortsverein“ noch mehr dezimieren. Bei solcher Rücksichtnahme auf das „erstgenzeichtigste Sicherheitsventil“ Hoffschäfer's Erbitation ist es ja nur erklärlich, daß das Personal willig jede Arbeit übernimmt, die der Herr Chef und Bundes„kollege“ verlangt, auch solche, die mit der ehlen Kunst nur schwer in Zusammenhang zu bringen ist, was vielleicht auch daher rührt, daß der Herr Faktor vor dem mehrere Jahre Zeitungsredakteur, -drucker und -austräger usw. war. Jetzt bildet er die untarifliche Anzahl von Lehrlingen aus, wozu ihn angeblich eine Verfügung des Landrats berechtigt. Wie mag er die erhalten haben, da er nie gelernt hat? Und tritt einmal ein fremder Gutenbergbünder dort in Stellung, so weist ihn der Prinzipal — in seiner ewigen Not um das Seelenheil seiner Getreuen — höchst eigenhändig ein Logis nach. Zufall ist aber wohl, daß dabei vor allem seine Druckauftraggeber berücksichtigt werden. Geschäft ist Geschäft, und eine Hand wäscht die andre. Wann werden die Kollegen einsehen, daß sie noch andre Ziele haben, als sich vom Prinzipale mit Hilfe eines sogenannten Faktors gegenseitig verhehen zu lassen?

**Δ Offenbach a. M.** Die am 1. Oktober abgehaltene Bezirksversammlung war „unter aller Kanone“ besucht. „Der Vorstand ist ja da, der wird schon machen, was Rechtens ist“, so kann man es des öfteren hören. Trotz „Korr.“-Obligatorium scheinen die wenigsten die Nase in unser Organ zu stecken, sonst müßte ein lebhafteres Interesse für unsre Organisation an dem Tag gelegt werden. Nur, im nächsten Jahre bei Philippi sehen wir uns vielleicht wieder! Nicht nur Beitrag zahlen, nicht nur auf dem Papiere Mitglied sein, sondern mitrudern am Verbandschiff sollte der feste Wille jedes Verbandsmitglieds sein, einerlei ob „Faktor“ oder gewöhnlicher Packulle. Die Tagesordnung war dieses Mal rein geschäftlicher Natur. Der Kartellbericht, der sich mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigte, Vorkänge in der hiesigen Ortskrankenkasse beleuchtete sowie die Gewerkschaftsfragen auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen berührte, hätten jeden Kollegen interessieren müssen. Ebenso stand es beim Berichte vom „Gewerkschaftsjahr“. Überall wird da zu mäteln gesucht, und wenn Gelegenheit geboten wird, irgendwelche Ungelegenheiten in dieser Beziehung zu erörtern, dann heißt es: Vivat absentia! Wir wollen nur versuchen, ein kleines Pfaster auf die Wunde des schlechten Versammlungsbesuchs zu legen. Die Anwesenden stimmten nachstehendem Antrage des Vorstandes zu: „Diejenigen Dfizinen, welche in einer Versammlung nicht vertreten sind, werden in den nächsten Bezirksamteilungen veröffentlicht. In jeder Versammlung liegt eine Präsenzliste auf, in welche die anwesenden Kollegen ihre Namen einzutragen haben. Am Schluß des Geschäftsjahrs wird eine Statistik hierüber aufgemacht.“ Sollte dieses auch nichts fruchten, so haben wir noch einen andren Weg in petto, welchen wir beschreiten wollen, dem jedenfalls die treuen Versammlungsbesucher ihre Zustimmung nicht versagen werden. Auf speziellen Wunsch der Versammlung sei nun noch folgendes erwähnt: Am 18. September hatten wir das Vergnügen, unsre Kollegen vom Farbfabrikanten aus Ludwigs-hafen, Mannheim und Darmstadt in unsrer Mitte zu begrüßen, welche die Zustimmung hatten, die Schriftgießerei

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 11. Oktober 1910.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 118.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

von Gebrüder Klingpor sowie die Farbenfabrik von Koch & Grün besichtigen zu dürfen. Aber ein Tropfen Barmut fiel in den Becher der Kollegen aus dem Maschinenaal insofern, als in letzter Stunde der Besuch der Firma Gebrüder Klingpor bei dem Vorsitzenden des Ludwigshafen-Mannheimer Vereins durch die Firmeninhaber abgefragt wurde. Eine Mitteilung an die Teilnehmer war nicht mehr möglich. Es machte sich darüber auch eine unverhohlene Mißstimmung bemerkbar, so daß die Teilnehmer der Exkursion die Firma in dankbarer Erinnerung behalten werden.

**Passau.** Die am 2. Oktober abgehaltene Monatsversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Nach Genehmigung des Protokolls wurde eine Neuaufnahme vollzogen. Beschlossen wurde auch, daß im Monat Oktober ein Stenographiekurs veranstaltet werden soll, bei dem dankenswerterweise Kollege Bauer den Unterricht erteilt. Der nächste Punkt betraf ein Referat des Schriftführers: „Die Geschichte der Mitgliedschaft Passau“. In dreiviertelstündigen Ausführungen ließ der Referent die schweren Zeiten der alten Kollegen seit 1868, wo die Gründung unserer Mitgliedschaft erfolgte, vorüberziehen; er schilderte besonders die Einführung des Tarifs. Den jüngeren Kollegen legte es der Redner ans Herz, sich an den Vorbildern unserer Mitgliedschaft ein Beispiel zu nehmen. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine Ausführungen.

**Potsdam-Neubabelsberg.** Maschinenmeister-Klub. — Halbjährsbericht. Der Versammlungsbuch war im verfloffenen Halbjahr ein guter zu nennen. Wir wollen hoffen, daß wir auch in Zukunft so berichten können. Die zu Anfang gewählte Technische Kommission hat bereits Erfreuliches gezeitigt. Vorträge wurden gehalten über „Anlegeapparate Universal und Notary“ von den Kollegen Lang und Böse; über „Walzengießen“ von Kollegen Füllfel. Wichtig wurde die Papierfabrik Treuenbrietzen in voller Tätigkeit. Der Leitung der Fabrik möchten wir an dieser Stelle für die lehrreiche, gute Führung und freundliche Aufnahme nochmals unseren Dank aussprechen. Der Mitgliederstand hat sich von 28 auf 35 Kollegen gehoben. Es ist der Wunsch laut geworden, die Zentralkommission zu ersuchen, ähnlich wie in der Typographischen Gesellschaft, Rundsendungen technischen Materials zu veranstalten.

**Wörishofen.** Unsere drei letzten Monatsversammlungen waren mittelmäßig besucht; es ist zu bedauern, daß immer dieselben Kollegen fehlen. Festes Zusammenhalten der Kollegen, an dem es leider immer noch etwas fehlt, ist dringender notwendig, um hier keine Mißstände einreifen zu lassen. Zurzeit stehen am Ort 18 Kollegen, die alle Verbandsmitglieder sind.

## Rundschau.

Ein Ersatz für Hoffäß scheint noch nicht gefunden zu sein. Nachdem der Posten zweimal in „Typograph“ ausgeschrieben gewesen ist, führt nun Herr Paul Ehrhardt, der vom 1. Oktober ab angestellte neue Vorsitzende, vertretungsweise die Redaktion des händereichen Degans. Man darf aber nicht etwa denken, daß Wilhelm Hoffäß als Kraft so schwer zu ersetzen wäre — alles andre trübe hier eher zu —, nein, es ist die begriffliche Angst der Mächtigeren, mit dem gefährlichen „Korr.“ den Kampf aufnehmen zu müssen. Bei dem vormaligen Redaktionswechsel am „Typograph“ hat ein damals in Betracht kommender ja offen ausgesprochen, daß er nur dieses erschwerenden Umstandes wegen auf den ihm angetragenen Posten Verzicht geleistet habe. Wenn der „Korr.“ tunlichst auch eine Beschäftigung mit dem Untenbergsbunde vermeidet, die Notwendigkeit, unseren „Brüdern in Christo“ dann und wann ein Licht aufzustechen, wird sich trotzdem häufiger als uns lieb ergehen. Da wird allerdings der kommende, das Schändereische Interregnum ablösende Mann ebenförmig zu lachen haben wie sein so oft gebettelter Vorgänger. Mag die eifrige Suche nach einem neuen Talglück also ausfallen, wie sie will, mag der Hoffäßsche Geist weiter spuken oder gebannt werden, wir werden so oder so dem neuen „Typ.“-Redakteur zeigen, daß niemand ungestraft Arbeiterzerpflückerung und Sonderblindheit treiben darf. Was übrigens auch der gesamten Bundesleitung gilt, der wir uns einstweilen nur mit diesem empfinden halten.

Der Gesamtbetrieb der in Konkurs geratenen Deutschen Buch- und Kunstdruckerei, G. m. b. H., in Berlin und Posen wurde nach einer uns zugegangenen Mitteilung von der Berliner Buch- und Kunstdruckerei, G. m. b. H., in der Zwangsversteigerung erstanden. Letztere Gesellschaft ist eigens zu dem Zwecke gegründet worden und übernimmt den Weiterbetrieb der Firma. Der frühere Geschäftsführer und Mitinhaber der falliten Firma, Wilhelm Wagner, wurde bei Beginn des Konkurses von der

Konkursverwaltung seines Amtes entsetzt, so daß auch die Geschäftsführung eine andre geworden ist.

Die Buchbinder in Hannover befinden sich in einer Tarifbewegung. Bisher wurde in vier Betrieben die Arbeit niedergelegt; es kommen dadurch 30 Ausständige in Betracht. In den meisten Betrieben lief die Kündigung mit dem 8. Oktober ab, so daß Genaueres über den Umfang der Bewegung noch nicht mitgeteilt werden kann. Da es die Unternehmer auf eine Kraftprobe abgesehen zu haben scheinen, werden sofortige Einigungsverhandlungen kaum eingeleitet werden können.

Als Hauptstöße ausgelöst wurde Kollege Willfahrt, der langjährige Vertrauensmann der Mitgliedschaft Rothburg o. L.

Das dürfte nicht kommen! Haundorf bei Feuchtungen in Mittelfranken ist der Schauplatz, ein Walzbruder der lachende, ein Dorfbürgermeister der leidende Teil einer ganz seltsamen Begebenheit. Zum ehrensamem Bürgermeister kam nämlich ein lustiger „Kunde“ daher, eine Anweisung auf das Ortsgericht erbitend. Dem Dorfgewaltigen bereitete die Schreiberei aber Pein, das Pantieren mit dem Maßkrug ist ihm lieber als das Führen der Feder. Also gibt er brevi manu dem ruhebedürftigen Wandersmann einige Nickel und entläßt ihn mit dem menschenfreundlichen, obrigkeitlich aber ganz und gar nicht korrekten Rat, er solle Umschau gehen, das Nachtquartier würde schon herauspringen. Der „arme Reisende“ ging von dannen und tat, wie ihm der Herr Bürgermeister geheißen. Doch das Verhängnis nahte schnell: unser Kunde wurde „gedekelt“. Aber gerissen wie die meisten Ritter der Landstraße nun einmal sind, berief er sich auf die bürgermeisterliche Erlaubnis, „sechten“ gehen zu dürfen. Da nun nicht nur in Preußen, sondern auch in Wapen alle vor dem Gesetze gleich sind, mußten also Bürgermeister und Handwerksbruder vor den Rabi. Dieser war ein kluger und gerechter Richter: der „Kunde“ wurde von Schuld und Fehle freigesprochen, Seine Magnificenz, der präsidierende Bürgermeister von Haundorf, aber wanderte auf einen Tag in Haft wegen Verleitung zum Vetein. Ja, es gibt noch Richter im gelobten Bayernlande!

Auf der Arbeitswilligensuche befindet sich die Firma Tempsty (Georg Freitag) in Wien, die ihr Gesamtpersonal ausgesperrt hat, worüber in der Auslandsrubrik in Nr. 116 Näheres zu lesen war. Da der Geschäftsführer Eisemann ein Reichsdeutscher ist, glaubt die ausperrungslustige Wiener Firma am ehesten aus Deutschland Ersatz erhalten zu können. In Preußen ließ sie ihre Vordruse in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ertönen. Aber die Leipziger Kollegen werden diesen schmeichelnden Loben gegenüber sich als eifrige Männer benehmen, und die N.-N. sitzen meistens so fest, daß sie ihr Schicksal schwerlich der Eisemann-Freitagischen Gnade anvertrauen werden.

Wie viel Zeitungen erscheinen in Deutschland? Einer Statistik, die auf Angaben großer Zeitungskataloge beruht, ist zu entnehmen, daß die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitungen 3829 beträgt. Sie verteilen sich auf 2228 Verlagsorte. Davon entfallen 2306 auf Preußen, 438 auf Bayern, 254 auf Sachsen, 183 auf Württemberg, 149 auf die holländischen Staaten, 169 auf Baden, 145 auf Posen, der Rest von 82 bis zu 8 herab auf die übrigen Bundesstaaten und die freien Städte. Sodann berechnet der Verfasser nach dem Bevölkerungsstande von 1905, auf wie viele Einwohner in den einzelnen Staaten eine Zeitung entfällt und betont, daß Wabed das günstigste Bild aufweist, indem dort schon auf 8448 Einwohner ein Zeitungsorgan komme. In Bayern entfällt auf 14896 Einwohner und in Preußen erst auf 16186 Einwohner eine Zeitung. Bezüglich der Parteigehörigkeit verteilen sich die 3829 Zeitungen wie folgt: 1349 parteilos, 710 regierungsparteilich (Amtsblätter, „nationale“ Zeitungen), 492 Zentrum, 388 freisinnige Volkspartei, 378 unbekannter Richtung, 303 konservativ (auch Reichspartei und Reformpartei), 193 national-liberal, 117 sozialdemokratisch und Polen, Dänen, Welfen. Die tägliche Nummernausgabe wird auf 9493200 Exemplare berechnet, was jedoch nur eine Wahrscheinlichkeitsrechnung ist, da viele Zeitungen ihre Auflagen nicht angeben.

Eine bedeutungsvolle Stellungnahme zur Fleischsteuerung hat nach Abschluß der vorigen Nummer des „Korr.“ stattgefunden, so daß wir in unserem letzten volkswirtschaftlichen Artikel nicht mehr darauf eingehen konnten. Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat nämlich eine Sitzung in Berlin abgehalten und eine dringliche Eingabe an den Reichszentraler und den Reichstag beschloffen, worin schleunige Maßnahmen zur dauernden Behebung der Fleischsteuerung verlangt werden. Es wird zwar dieser Rundgebung ebenso ergehen wie den in Nr. 117 erwähnten, wiewohl eine solche Stellungnahme der deutschen Stadtverwaltungen viel schwerer wiegt, aber sie ist auf das lebhafteste zu be-

grüßen. Die Reichsregierung kommt dadurch immer mehr in die Zwickmühle. Aber auch andre Leute. Müßten wir in der vorigen Nummer zu wiederholten Male die Haltung der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ charakterisieren, die aus zentrumpolitischen Gründen den Agrariern kein Härchen krümmen läßt, so erscheint nunmehr die Schuld der „Westdeutschen“ als Preisfechterin für die agrarischen Interessen kleiner, wenn sie auch immer noch groß und sogar übergroß ist. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ bringt es nämlich fertig, und zwar aus dem gleichen Grunde: der Verteidigung der schwarz-blauen Blockpolitik, die „Westdeutsche“ fast noch zu übertrumpfen. Das christlichgewerkschaftliche Zentralblatt erdreist sich, von einer „Fleischnothege“, von einer „beispiellosen Hege“ gegen die Agrarier und die Schutzpolitik zu sprechen, der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft Lobeshymnen zu spenden und alle Schuld an der Fleischsteuerung dem Christlichhandel, der Spekulation und der Stimmungsmache durch die Presse zuzuschreiben. Man traut seinen Augen kaum, so etwas in einem Gewerkschaftsorgan zu lesen. Eine schlimmere Perfisslage auf die brüdernde Not der unteren Volksschichten durch die jetzigen Fleischpreise ist gar nicht auszubedenken und eine ärgere Identifizierung mit der durch und durch volksschädlichen Interessenpolitik der verbündeten konservativen und Zentrumsparthei einfach unmöglich. Geradezu verurteilt ist es, wie hier Arbeiterinteressen vertreten werden. Tiefer geht's nimmer! Der Beschluß des Vorstandes des Deutschen Städtetags hat darum noch besonderen Wert, er versteht nämlich den christlichen Gewerkschaftsdemagogen klatschende Ohrfeigen. Es kommt hoffentlich noch besser!

Maßnahmen gegen die Fleischnot hat die österreichische Regierung insofern ergriffen, als sie die probeweise Einfuhr von 25000 kg gefrorenen argentinischen Fleisches gestattet hat. Damit ist in Wirklichkeit ja nicht viel getan, aber die Berliner Regierung unternimmt prinzipiell keinen einzigen Schritt zur Beseitigung dieser großen Kalamität.

Die christlichen Gewerkschaften im rheinisch-westfälischen Industriegebiete scheinen einer recht schweren Krise entgegenzugehen. Und zwar sind es nicht Feinde von außen, die sie bedrohen, sondern im eigenen Lager scheint es nicht mehr zu „klappen“. Immer mehr Stimmen erheben sich, um die Berliner konfessionelle Richtung, also rein katholische Gewerkschaften, zu befrüworten. Für diese tritt auch eine Großküre: „Das Christentum der christlichen Gewerkschaften“, lehnt ein, wenngleich die darin vertretenen Ansichten von den christlichen Gewerkschaftsblättern fast ausnahmslos aufs schärfste bekämpft werden. Sie wissen wohl weshalb; denn durch die Einführung des konfessionellen Prinzips entstehen den christlichen Gewerkschaften erhebliche Nachteile, die einerseits darin bestehen, daß sich die Andersgläubigen — deren Zahl allerdings nicht sonderlich groß sein dürfte — von ihnen abwenden, andererseits würden sie dadurch in ihrer Ausdehnungsmöglichkeit beschränkt. Diese Ereignisse warfen schon ihre Schatten voraus, als bei den Knappschaffswahlen die evangelischen Arbeitervereine es ablehnten, mit dem christlichen Gewerkschaften zu partizipieren.

Aber eine liberal-christlich-nationale Zeitungsgründung konnte man in der „Vergarbeiterzeitung“ nette Sachen lesen. Wir folgen im nachstehenden in der Hauptsache den von diesem Gewerkschaftsblatte darüber gemachten Ausführungen. Vor der Strafkammer zu Saarbrücken hatte sich am 21. September der Buchdruckerbestzer Karl Hilger aus Sulzbach wegen betrügerischen Bankrotts und außerdem noch wegen unrechtmäßiger Vermögensaneignung zu verantworten. Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde: Die christlichen Gewerkschaftssekretäre B. Guttsche und R. Koster gründeten 1900 eine „liberal-christlich-nationale“ Tagespresse für das Saarrevier, weil die bestehenden Tagesblätter die Artikel der M. Gladbacher Züngle nicht aufnahmen. Es sollte für die evangelischen Arbeiter ein gleiches Blatt geschaffen werden, wie die „Saarpfost“ eines für die katholischen ist. Und so gründeten diese beiden eine „Gutenbergs-Gesellschaft“ m. b. H., brachten mit 14 Teilhabern 10000 Mk. zusammen, schlossen mit Hilger aus Sulzbach einen Vertrag, wonach dieser mit seinem ganzen Besitz an Maschinen, Schriften, Inventar usw., im Gesamtwerte von 10000 Mk., der Gutenbergs-Gesellschaft beitrug und als „Hauptaktionär“ deren Geschäftsführer wurde. Den „Aufsichtsrat“ bildeten Guttsche und Koster, in deren Händen auch die eigentliche Geschäftsführung lag, und so trat diese „christliche“ Gesellschaft am 28. Juli 1900 ins Leben, um schon im Oktober, also im vierten Monat ihres Lebens, zu sterben. Als im Oktober der Konkurs angemeldet wurde, stellte sich heraus, daß überhaupt keine Konkursmasse mehr vorhanden, keine Geschäftsbücher geführt waren, was man nun auf Hilger schob. Hilger gab an, daß er nichts von der Buchführung verstehe und dies bei der Gründung der

Gesellschaft Gutsche und Roster auch gesagt habe, die Klart hätten, das mache nichts aus, da der „Aufsichtsrat“ die Geschäftsführung übernehme und Roster als „Kassierer“ einsetze. Tatsächlich sei er nur nomineller, der „Aufsichtsrat“ faktischer Geschäftsführer gewesen. Jeder habe Gelder angenommen und sie für private Zwecke verwendet, anstatt sie an die Kasse abzuliefern. Von einem wurde behauptet, er habe Gelder, die für das Geschäft bestimmt waren, eingenommen und sie dann nach Gersweiler auf die Sparkasse als sein Eigentum gebracht! Wechsel und sonstige private Auslagen seien von den Geldern bezahlt worden, die für die Gesellschaft einkiefen! Der Bücherrevisor behauptete, die Kassenbücher seien derart liebreich geführt worden, daß sie keinerlei Aufschluß über Einnahmen noch Ausgaben zuließen. Es ließe sich nicht feststellen, was an Warenbeständen, was an Guthaben, noch was an Schulden vorhanden sei! Da Hilger keine Veruntreuung noch Unterschlagung von Geldern vorgeworfen wurde, hielt sowohl der Staatsanwalt wie auch die Verteidigung eine Beweisführung darüber, wie der „Aufsichtsrat“ gewirkt hat, nicht für erheblich, so daß die Gerichte über die Veruntreuung der Gelder durch den „Aufsichtsrat“ weder bewiesen noch widerlegt sind. Hilger wurde daher nur mit 50 Mk. bestraft. Im zweiten Falle wurde Hilger vorgeworfen, er habe Schriften im Werte von 3490 Mk. als sein Eigentum an die Gesellschaft übertragen, obwohl die Schriften ihm nicht gehörten. Die Beweisaufnahme ergab, daß Hilger schon früher bantrott gemacht und die Schriften damals zwangsweise verkauft, von seinem Faktor aber für 350 Mk. gekauft und an Hilger für 400 Mk. zurückverkauft waren, dieser auch 100 Mk. abgezahlt hat. Bei der Inventuraufnahme war der Faktor, der ebenfalls dem „Aufsichtsrat“ angehörte, zugegen und hat sein Eigentumsrecht nicht geltend gemacht, sondern erst, als der Pleitegeiger die Schriften freisen wollte. Hilger wurde deshalb von der Anlage der rechtswidrigen Vermögensaneignung freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Wir glauben sagen zu können, daß bei dieser wunderbaren Zeitungsergänzung nicht Hilger unter die Räder gekommen ist, sondern die genannten und die übrigen passiv mitarbeitenden christlichen Gewerkschaftsführer die moralisch Verurteilten sind.

Von einer Färberausperrung in Spanien wird aus Madrid gemeldet. In Sabadell wurden 29 Webereien und Spinnereien geschlossen, wodurch 12000 Arbeiter der Ausperrung verfielen.

**Literarisches.**

„Aus der Zeit — für die Zeit“ betitelt Kollege Magimilian Pechthold in Breslau X, Matthiasstraße 47, eine ansprechende Sammlung humoristischer, satirischer und anruster, zum Vortrag geeigneter Gedichte, die im Verlage von U. Gehner & Co. (Inhaber P. Büchner) in Breslau erschienen ist. Im zwangloser Reihenfolge wechseln Scherz und Ernst einander ab in den Gedichten, die meist eigenartigen Anlässen ihr Entstehen verdanken. An satirischer Würze fehlt es nicht. Der „schwarze Kunst“ ist ein besonderes Kapitel gewidmet, während die Gedichte „Korrekturenlehren“ und „Korrekturenhymne“ auf den Spezialberuf des Verfassers hinzuweisen scheinen. Durch den Buchhandel bezogen kostet das Büchlein geheftet 1,60 Mk., gebunden 2,40 Mk. Kollegen erhalten es durch den Verfasser direkt zum Vorzugspreise von 1,25 bzw. 1,75 Mk. ausschließlich Porto. HZ.

**Briefkasten.**  
1000 Jena: Ein umfassendes, wirklich empfehlenswertes Buch dieser Art ist u. B. noch nicht erschienen. Über statistische Aufstellungen (siehe heutige „Rundschau“) ist man kaum hinausgekommen. — U. D. in Oldenburg: Mit solch kleintlichen Sachen kann sich der „Korr.“ nicht befassen. Das muß am Orte selbst ausgefochten werden, und zwar so, daß die Straße im Dorfe bleibt. — J. M. in Stettin: Betreffs Verammlungskalender erbitten wir nähere Daten. — J. R. in Berlin: Der „Korr.“ wird hier stets prompt abgeliefert; wenn sich Unregelmäßigkeiten in der Zustellung ergeben, müssen Sie sich beim dortigen Postamt beschweren.

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, L. Fernsprechanstalt VI, 11191.

**Bekanntmachung.**

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einbringung der Statistikkarten über die Arbeitslosigkeit im III. Quartale 1910: 13. Oktober, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können (siehe „Ratgeber“ Seite 11, Ziffer 20). Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, sind trotzdem die Karten mit Angabe der Mitgliederzahl einzusenden, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

**Die Hauptverwaltung.**

**Breslau.** Der Drucker Georg Schwarzer aus Breslau wird aufgefordert, sein Buch einzulösen, andernfalls erfolgt Ausschluß.  
**Chemnitz.** Um Angabe der Adresse des Sezers Karl Ritzhner aus Budapest bittet Otto Dähnel, Feldstraße 35.  
**Dortmund.** Der Stereotypenr Anton Roidner aus Hamburg (Hauptbuchnummer 13413) wird ersucht, den in Hamm i. W. für die Woche vom 4. bis 8. September zu wenig entrichteten Beitrag umgehend portofrei an H. Schröder, Mallinrodtstraße 113, einzusenden.  
**Weimar.** (Witwenkasse für Ostpreußen-Lithuening.) Wir machen unsere auswärtigen Mitglieder darauf aufmerksam, daß das letzte Quartal 14 Wochen hat. Mitglieder, die nur 13 Beiträge einsenden, wollen die fehlenden der nächsten Sendung beilegen.

**Adressenveränderungen.**

**Worms.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Gg. Bold, Fochstraße 8.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einnombenungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Witten i. W. der Schweizerberger Herr. Walter C. Zinger, geb. in Wattwil (Schweiz) 1886, ausgl. in Zürich 1905; war noch nicht Mitglied. — Aug. Schippers in Dortmund, Ackerstraße 24.  
In Chemnitz der Sezer Paul Dohs, geb. in Halle a. d. Saale 1884, ausgl. in Scheuditz 1904; war schon Mitglied. — C. W. Stoy, Jahnstraße 20 III.  
In Elbing der Sezer Hans Ehrhardt, geb. in Parchim i. M. 1887, ausgl. das. 1906; war schon Mitglied. — D. Schmidt, Blumenstraße 6.

In Glückstadt der Sezer Heinrich Osterhoff, geb. in Bippstadt (Westfalen) 1887, ausgl. das. 1905; war schon Mitglied. — Martin Prüiter in Kiel, Schauenburger Straße 34 p.

In Gradenfrei der Sezer Kurt Quander, geb. in Schmeidnitz 1876, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — In Schmeidnitz der Drucker Wilhelm Wollenberg, geb. in Kolonie Kupferhammer bei Eberswalde 1891, ausgl. in Eberswalde 1908; war noch nicht Mitglied. — Fritz Kögel in Waldenburg i. Schl., Gartenstraße 1. In Ginzburg der Schweizerberger Kaver Schmidt, geb. in Gähofen 1886, ausgl. in Weiler 1905; war noch nicht Mitglied. — In Hof der Sezer Gustav Wollmann, geb. in Bad Steben 1890, ausgl. in Hof 1900; war noch nicht Mitglied. — In Miesbach der Schweizerberger Rudolf Entref, geb. in Grabow 1891, ausgl. in Schilberg 1909; war noch nicht Mitglied. — In Wilschhofen der Sezer Michael Reilner, geb. in Wilschhofen 1892, ausgl. in Wilschhofen 1909; war noch nicht Mitglied. — In Wundshausen der Sezer Georg Rubenbauer, geb. in Sulzbach 1892, ausgl. in Nabburg 1908; war schon Mitglied. — Jos. Seitz in München, Holzstraße 24 I.

In Halberstadt der Buchdrucker Otto Schade, geb. in Osterwieck 1892, ausgl. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — Karl Treff, Feldstraße 4 II.

In Hannover der Sezer Willi Przybyla, geb. in Hannover 1889, ausgl. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Bruno Schweinzig, Heiligergasse 1 I.

In Heidenheim der Drucker Gust. Friedr. Schleichner, geb. in Böblingen 1887, ausgl. das. 1905; war schon Mitglied. — In Pforzheim i. L. der Sezer Joseph Bieß, geb. in Ulm 1892, ausgl. das. 1910; war noch nicht Mitglied; 2. der Schweizerberger Rudolf Schmidt, geb. in Pforzheim 1890, ausgl. das. 1908; war schon Mitglied. — In Stuttgart der Drucker Eugen Maier, geb. in Stuttgart-Gaisburg 1892, ausgl. in Stuttgart 1910; war noch nicht Mitglied. — Karl Anie in Stuttgart, Heustegstraße 54 part.

In Herrnhut der Drucker Robert Witt, geb. in Pyritz 1892, ausgl. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — P. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7 I.

In Koblitz der Maschinensezer Louis B. Fortmeyer, geb. 1862, ausgl. 1880; war noch nicht Mitglied. — Otto Wäpinger in Jena-D., Ob. Wöllniger Straße 11.

In Weimar der Sezer Artur Brand, geb. in Bad Sulza 1892, ausgl. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — M. Roth in Oberweimar.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Hauptverwaltung.** Wegen einer Erbschaftsangelegenheit wollte der Drucker Ewald Thum aus Rosenthal (Hauptbuchnummer 11886) seinem Vater Franz Thum, Vaugen-Seidau, Gasthaus „Zum Hirsch“ II, umgehend seine Adresse angeben. Die Herren Verwalter bzw. Mitgliedschaftsvorstände wollen Kollegen Thum auf diese Aufforderung aufmerksam machen.

**Verammlungskalender.**

**Jachen.** Bezirksversammlung Sonntag, den 30. Oktober, in Dieren. Anträge bis 24. Oktober an den Vorsitzenden.  
**Greven.** Bezirksversammlung heute Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Rohlfseum“.  
**Kiel.** Verammlung heute Dienstag, den 11. Oktober, im „Gewerkschaftshaus“.  
**Kaisersl.** Verammlung Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Bürgerbräu“.

In Hamburg bietet sich tüchtigem, arbeitsfreudigem Fachbar in guter Druckerlei einen Gesellschaftler abzulösen. Offerten unter Nr. 627 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Monolineenseker**  
mit mehrjähriger Praxis, absolut sicherer Maschinenlenker, korrekter Sezer und zuverlässiger Arbeiter (auch verheiratet) für Werkdruckerlei. Nähe Chemnitz für sofort in dauernde Stellung gesucht. Anfangslohn 40 Mk. Ausführliche Angebote mit Angabe der Leistungen sind umgehend unter Nr. 623 an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

**Tüchtigen Typographseker**  
sucht per sofort für dauernd  
Vohler Anstalt, Lyck (Ostpr.).

**Verheiratete Schriftgießer**  
für Schnellsetzer und Kompletzmaschine gesucht. Dauernde Kondition. Offerten unter Nr. 600 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Galvanoplastiker**  
in allen Arbeiten perfekt gesucht.  
Karl Rind jun., Bielefeld. [631]

**Zurichter**  
für Foudner und Wöttgermaschine sucht für dauernde Stellung  
Schriftgießerei Hirsch, Frankfurt a. M. [1038]

**Komplettgießer, Höhehobler, Messinglinienarbeiter**  
werden gegen sehr gute Bezahlung dauernd engagiert.  
Nur ganz tüchtige, selbständige Arbeiter wollen sich wenden an die  
Seste Ungarische Schriftgießerei-Akt.-Ges.,  
Budapest VI., Delfinnygasse 32. [613]

**Tüchtiger Bestoßer**  
für unsere Messinglinienabteilung gesucht.  
Schriftgießerei D. Stempel, Frankfurt a. M.  
Nach Leipzig zwei tüchtige

**Galvanoplastiker**  
ein verheirater Präger, ein Fertigmacher per sofort oder baldmöglichst in dauernde Stellung gesucht.  
E. Schwarz vorm. Emil Jand, Leipzig, Teubnerstraße 14. [631]

**Schriftgießer**  
sucht als Monotypgießer oder als Kompletzgießer (System Foudner) u. U. sofort od. später dauernde Kondition. Werte Dff. unter Nr. 633 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Gelernter Schriftgießer**  
sucht außer Beruf tätig. Sucht Beschäftigung in Druckerlei. Werte Dff. unter L. S. A. Dresden. Meisfeldt, Postamt 1. [628]

**Anhang zum Tarife von Konrad Gidler.** Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Lohlich, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

**TYPOGRAPHISCHE GESELLSCHAFT HAMBURG.**  
Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Kunstgewerbemuseums, Steinortplatz: Vortrag mit Lichtbildern der Herren KARL TRENKNER und FRANZ PREILIPPER:  
Das Buchgewerbe auf der Weltausstellung Brüssel 1910 verbunden mit Ausstellung in- und ausländischer Drucksachen. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. Einführung gestattet.

**Gesucht** an jedem Ort ein oder zwei Herren zwecks Übernahme konjunktureller Vertretung. Höhe Vergütung. Hermann Wolf, Wickau i. S., Nordstraße 30. [606]

**H. MATHAEUS DESSAU**  
AGNESSTR. 23  
Katalog gratis u. fr.

**Der Prospekt, das Plakat.** Die Regeln, welche hierbei zu beobachten sind, wollen man ersehen aus dem Hottchen. Preis 25 Pf. Julius Mäser in Leipzig-R.

**Magenleiden! Stuhverstopfung! Hämorrhoiden!**  
kann man selbst hellen. Auskmeit ert. kostenlos gerne an jedermann Kranken-schwester Marie, Nicolastr. 6 Wiesbaden. C. 105.

**Hüte** in allen Weislagen bei Gutmachereisen. Berlin, Prinzengasse 57. Verbandsmitglieder erhalten 10 Prozent Rabatt.

Am 6. Oktober verschied nach längerem Leiden unser wortlos Mitglied  
**Jean Franzten**  
aus Aachen im 40. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Bezirksverein Aachen. [695]

Für unsere Leser liegt der heutigen Nummer ein Prospekt, betreffend die Originalunterrichtsbriefe zur Erlernung der deutschen, englischen, französischen, italienischen, niederländischen, rumänischen, russischen, spanischen, schwedischen und ungarischen Sprache nach der Methode Roussaint-Langenscheidt, bei, worauf wir alle diejenigen aufmerksam machen, welche sich die Kenntnis dieser Sprachen sicher, bequem und ohne große Kosten durch Selbststudium (ohne Lehrer) aneignen wollen. Die Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnhofsstraße 29/30, sendet auf Wunsch Probebriefe der einen oder andren Sprache kostenlos zur Ansicht. Bei Benutzung der diesem Prospekt beigelegten Bestellkarte bitten wir den Titel unseres Organs anzugeben.